

Antrag

der Abgeordneten Hansjörg Müller, Dr. Heiko Heßenkemper, Steffen Kotré, Tino Chrupalla, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, Marc Bernhard, Marcus Bühl, Petr Bystron, Siegbert Droese, Dietmar Friedhoff, Franziska Gminder, Wilhelm von Gottberg, Armin-Paulus Hampel, Mariana Harder-Kühnel, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Johannes Huber, Jörn König, Dr. Rainer Kraft, Rüdiger Lucassen, Jens Maier, Andreas Mrosek, Volker Münz, Sebastian Münzenmaier, Ulrich Oehme, Jürgen Pohl, Uwe Schulz, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel, Dr. Heiko Wildberg und der Fraktion der AfD

Aus verfehlter Sanktionspolitik der Vergangenheit lernen – Keine Wirtschaftssanktionen gegen Weißrussland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Weißrusslands sind seit Jahrzehnten durch gute und verlässliche Handelsaktivitäten geprägt. In den Jahren 2010 bis 2019 beliefen sich die Exporte in die Republik Belarus auf einen Wert von 17.421.247 TEuro. Die Importe beliefen sich im gleichen Zeitraum auf 5.691.082 TEuro, welches zu einem Außenhandelsaldo zwischen beiden Ländern von 11.730.165 TEuro führte. Allein im Jahre 2019 exportierte die Bundesrepublik Deutschland insgesamt Waren im Wert von 1.481.042 TEuro und importierte gleichzeitig Waren in einem Wert von 554.970 TEuro.¹

Der weißrussische Markt ist für die deutsche Wirtschaft ein wichtiger Markt und von strategischer Bedeutung im osteuropäischen Raum. Eine Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten unter Verletzung der Souveränität der Republik Weißrussland kann als nicht förderlich für eine zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit angesehen werden.

Die Einflussnahme oder das „Bewerten“ interner Vorgänger anderen Ländern ist nicht Aufgabe der Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik, insbesondere da diese Androhungen indirekt gegen Russland gerichtet sind. Hier zeigt sich seit 2013 eine US-Politik der ökonomischen Einschüchterung: Für die Ziele der USA nützliche Staaten in Osteuropa werden durch die USA diesbezüglich instrumentalisiert, opponierende angegriffen oder unterminiert. Stellen wir uns nicht gegen

¹ Statistisches Bundesamt (Destatis), 2020, Außenhandel, Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, Zeitreihe 2010 bis 2019

ein solches Verhalten, unterstützen wir in Zukunft ein vermehrtes geopolitisches Auftreten der USA solcher Art, was auch deutsche Projekte durch die zunehmende Motivation der USA zum Fortführen eines solchen Verhaltens gefährdet.

Letzteres können wir bereits deutlich an dem unverblümt aggressiven Verhalten der USA zur Unterminierung des Nord-Stream-2-Projektes erkennen. Die Bundesrepublik darf sich daher nicht zu einem Handlanger von US-Geo- und Wirtschaftspolitik machen, denn sonst könnte sie in Zukunft auch vermehrt selbst dessen Opfer werden.

Darüber hinaus sind solche „ökonomischen Kriegserklärungen“ auf Basis vorgeschobener moralischer Argumente oft von Heuchelei und Doppelmoral geprägt. Einerseits wird bei diversen bedenklichen Regimen wirtschaftspolitisch ein Auge zugedrückt, wenn sich diese kooperativ mit den USA zeigen, andererseits stachelten die USA in der Vergangenheit gerne andere, sogenannte Partnerländer wie die Bundesrepublik zu Sanktionen gegen ein Drittland an, nur um dort dann über versteckte Kanäle ihre eigenen Güter ohne Wettbewerb zum höheren Monopol-Preis zu verkaufen. Dieses Vorgehen ist der deutschen Außenwirtschaft hinlänglich bekannt, wird jedoch leider selten offen benannt. Der Bundestag kann einen weiteren Erfolg dieser plumpen geo- und wirtschaftspolitischen Methodik nicht gutheißen.

Letztendlich würden die aktuellen Bestrebungen der Bunderepublik Deutschland und der EU, gemeinsam Sanktionen gegen die Republik Weißrussland zu verhängen, die vorhandenen und notwendigen wirtschaftlichen Beziehungen zum Erliegen bringen und der deutschen Wirtschaft langfristig schaden – ganz analog zur aktuellen Wirtschaftssituation mit der Russischen Föderation.^{2,3}

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Europäischen Rat dafür einzutreten, alle angemessenen diplomatischen Instrumente und Maßnahmen unter Wahrung der Souveränität der Republik Weißrussland zu ergreifen, um die Beziehungen in ihrer gesamten Breite aufrechtzuerhalten;
2. im Europäischen Rat dafür einzutreten, keine weiteren Sanktionen, insbesondere Wirtschaftssanktionen gegen die Republik Weißrussland, zu verhängen;
3. sowohl mit der Opposition als auch der Führung ernsthafte Gespräche zu führen, mit der Absicht einen Ausgleich innerhalb Weißrussland herbeizuführen.

Berlin, den 23. Oktober 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

² Rede vor der John F. Kennedy School of Government 2014: <https://www.youtube.com/watch?v=ZDRBzk0ITVY>

³ <https://www.diepresse.com/5260004/leitl-europa-darf-sich-us-sanktionen-nicht-gefallen-lassen>

Begründung

Es ist nicht davon auszugehen, dass eine Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen die Republik Weißrussland zu der beabsichtigten Entspannung innerhalb des Landes führen würde. Vielmehr würden sich die Positionen auf beiden Seiten verfestigen.

Eine Rechtfertigung der EU-Sanktionen gegen die Republik Weißrussland zu verhängen, um die Menschenrechte zu schützen, kann nur als Vorwand seitens der EU verstanden werden und ist in der praktischen Anwendung nicht umsetzbar. Die EU und Deutschland setzen sich seit mehr als 20 Jahren für die Wahrung von Menschenrechten in China ein. Ein entsprechender Erfolg blieb bis heute aus und nachhaltige positive Veränderungen in dieser Thematik konnten nicht belegt werden.

Ebenso ist es augenscheinlich, dass hier Deutschland zu einem Handlanger der US-Geopolitik gegen die Russische Föderation eingesetzt wird, denn Weißrussland ist einer der wenigen Staaten, welcher sich bisher von den USA geopolitisch nicht gegen die Russische Föderation einspannen lässt, sondern weiterhin eine enge Beziehung zur Russischen Föderation pflegt. Die Bundesrepublik Deutschland sollte – auch zum eigenen Schutz – keine weiteren Handlungen gegen Weißrussland oder die Russische Föderation anstreben. Sie unterminieren unsere Wirtschaft sowie unsere Beziehungen zu Weißrussland und der Russischen Föderation, die für uns als mitteleuropäische Nation historisch immer bedeutend waren und ein Vorteil unserer mittigen Lage in Europa sind – eben mit beiden Seiten enge Kontakte pflegen zu können: West und Ost. Darüber hinaus ermutigen sie die USA, in Zukunft ein solches Verhalten auch gegen andere unliebsame geopolitische Konkurrenten zu verstärken, beispielsweise auch die Bundesrepublik Deutschland. Nord Stream 2 sollte hier eine deutliche Warnung für uns sein.

Wirtschaftssanktionen und ganz allgemein Sanktionen jeglicher Art würden zu einer Teilung des Landes und Spaltung der Gesellschaft und damit zu einer Anheizung des Konfliktes verbunden mit einer wirtschaftlichen Schwächung der Wirtschaft führen. Somit würde vor den „Toren“ der Russischen Föderation und Europas ein Brandherd entstehen, der vergleichbar mit den Ländern Syrien und der Ukraine ist. Beide Länder wurden in ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung durch die Einmischung nationaler und internationaler Akteure behindert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.